als wichtiger auf Anregung aus der Kammer die, daß auch den Hinterbliebenen die Steuerbefreiung zu Theil werden soll, sowie in letzter Stunde noch auf Anregung des Finanzministeriums die Abänderung, daß das Gesetz statt am 1. Januar dieses Jahres erst am 1. Januar 1903 in Kraft tritt; auch soll die Steuererleichterung den in Sachsen wohnenden Angehörigen anderer Bundesstaaten zu Gute kommen. Nach kurzer Begründung durch die Berichterstatter wurde der Gesetzentwurf ohne weitere Debatte von der Kammer einstimmig zum Beschluß erhoben. — Nächste Sitzung heute Vormittag 10 Uhr.

— Der Bericht der Finanzdeputation A der Zweiten Kammer über die Kapitel 73 bis 82 des ordentlichen Etats (Departement der Finanzen) giebt einen neuen überzeugenden Beweis von der gründlichen Art, wie die Vertreter des sächsischen Volkes jetzt bemüht sind, das Prinzip der äußersten Sparsamkeit in den öffentlichen Ausgaben zu verwirklichen. Jede einzelne Position wird auf das Sorgfältigste geprüft, die Regierung muß vielfache Kreuzverhöre bestehen und Abstriche hier, Einnahmeerhöhungen dort finden sich auf Schritt und Tritt. Im Allgemeinen wird zu den Eingangs genannten Kapiteln in dem Bericht bemerkt, daß die Regierung, einer Anregung der Stände entsprechend, in den Erläuterungen allenthalben die Beträge aufgezeichnet habe, die ein Theil der Beamten im Nebenamte bezieht. Bei Kapitel 73 (Finanzministerium) werden 4700 Mk. für Heizung, Beleuchtung u. s. w. gekürzt, zu Kapitel 75 (Großer Garten) ist die Deputation der Ansicht, daß die Miethe- resp. Pachtpreise recht wohl erhöht werden könnten. Die Größe und der Zustand der den vermietheten Häusern zugetheilten Privatgärten wurde ebenfalls bemängelt. Die Staatsregierung hat Abänderung bei Neuvermiethungen zugesagt. Die Deputation war ferner in ihrer großen Mehrheit der Meinung, daß die als Beitrag der Stadt Dresden eingestellten 10 000 Mk. eine viel zu niedrige Summe sei. „Die Einwohner der Stadt Dresden genießen doch in erster Linie die Vorzüge des schönen Großen Gartens; die Reitwege, Radfahrbahnen 2c. sind im Interesse der Einwohner Dresdens mit großen Kosten hergestellt worden. Bei den hohen Zuschußkosten, die der Große Garten vom Staate noch beansprucht, dürfte es daher eine billige Forderung sein, wenn die Stadt Dresden ihren Beitrag mindestens verdoppelt. Die Deputation hat die Staatsregierung veranlaßt, einen diesbezüglichen Antrag an die Verwaltung der Stadt Dresden zu richten, ist aber der Meinung, daß sich die Stadt Dresden zur angeregten Erhöhung ihres Beitrages wohl aus eigener Initiative entschließen dürfte." Bei Kapitel 76 (Forstakademie Tharandt) werden 150 Mk. an einer Gehaltserhöhung gestrichen. Aus den Frequenzziffern ist ersichtlich, daß im Wintersemester 1901/02 insgesammt 51 Studirende vorhanden waren, darunter 16 Sachsen. Bei Kap. 77 (Bergakademie Freiberg) beschloß die Deputation nach Einvernehmen mit der Staatsregierung, die Einnahmen um 10 000 Mark höher als in der Vorlage vorgesehen einzustellen, da eine Frequenz der Bergakademie in der bisherigen Höhe mit Sicherheit in der nächsten Finanzperiode anzunehmen ist. Die mittlere Frequenz ist in den letzten acht Jahren von 166 Studirenden (darunter 38 Sachsen und 71 Ausländer) 1895 auf 411 Studirende (darunter 62 Sachsen und 245 Ausländer) 1902 gestiegen. Es wurde ferner in der Deputation angeregt, die Ausländerbeiträge noch weiter und zwar von 200 auf 300 Mark zu erhöhen, auch wurde durch die große Zunahme der Studirenden aus nichtdeutschen Staaten eine Beeinträchtigung der inländischen Studirenden befürchtet. Nach ausgiebiger schriftlicher und mündlicher Begründung durch die Herren Regierungskommissare sah die Deputation von einer Erhöhung der Ausländerbeiträge ab; die Befürchtung, daß die inländischen Studirenden durch die große Zahl der Ausländer beeinträchtigt würden, konnte die Staatsregierung auch nicht als begründet erachten. Die Deputation glaubte hiernach Beruhigung fassen zu können, insbesondere da die Herren Regierungskommissare noch die Erklärung abgaben, daß in erster Linie bei Anmeldung die Inländer berücksichtigt würden, auch die Gesammtzahl der Studirenden so weit eingeschränkt bleiben solle, daß auf eine Vergrößerung der Akademieräume nicht zugekommen werden müsste. — Bei Kapitel 79 (Straßen- und Wasserbauverwaltung) beantragt die Deputation, die für Pflasterung von Straßen neu geforderte Summe von 50 000 Mk. zu streichen, da man glaubt, bei der mißlichen Finanzlage hiervon zunächst noch absehen zu können. Die Staatsregierung hat sich mit diesem Beschluß einverstanden erklärt. Der Betrag von 300 000 Mk. für Entschädigung an Gemeinden für Uebernahme fiskalischer Pflaster- und Straßenstrecken in eigene Unterhaltung bei Tit. 23 und 200 000 Mk. für planmäßige Fortsetzung der Elbstromkorrektionsbauten nach Abzug der Beiträge von Interessenten bei Tit. 24 waren bisher mit dem doppelten Jahresbetrag im außerordentlichen Staatshaushalt verrechnet. Die Deputation wird über die veränderte Einstellung noch besonderen Beschluß fassen. Besonders bemerkenswerth sind die Ausführungen zu Kap. 80 (Hochbauverwaltung). Bevor die Deputation in eine Berathung der einzelnen Titel eintrat, fand eine allgemeine Besprechung über die Hochbauverwaltung und das staatliche Hochbauwesen statt. Es wurde von einem Mitglied der Deputation auf Grund einzelner Beispiele die Anschauung vertreten, daß im Hochbauwesen noch verschiedene Mißstände bestehen und die Anregungen zur Abstellung solcher, wie sie in den letzten Landtagen wiederholt gegeben worden sind, immer noch nicht genügend berücksichtigt werden. Zu Staatsbauten sind, wie von mehreren Seiten ausgeführt wurde, Summen aufgewendet worden, die in einem angemessenen Verhältniß zu ihrem wirthschaftlichen Zwecke nicht stehen und von Privaten nicht in gleicher Höhe aufgewendet worden sein würden. Die Deputation konnte sich damit nicht einverstanden erklären, war vielmehr der Meinung, daß, wenn der Private zu gleichen Zwecken zu weit niedrigeren Kosten etwas Ordentliches schaffen könne, der Staat dies auf alle Fälle auch können müsse. Ueber die Gründe, weshalb der Staat verhältnißmäßig zu theuer zu bauen pflege, wurden verschiedene Ansichten ausgesprochen und dabei insbesondere die Meinung betont, daß die betreffenden Organe mit der Praxis nicht genügend in Fühlung stünden und sie sich nicht genügend orientirten, welche Summe man für diese oder jene Art Gebäude ausgeben dürfe, damit das wirthschaftliche Erträgniß auch im Verhältniß zur Bausumme stehe. Man war ferner der Ansicht, daß bei Staatsbauten öfters die Grenze nicht gefunden würde, wo der Luxus anfange oder noch vielmehr aufzuhören habe. Der bei der Deputationsberathung anwesende Abgeordnete Andrä, welcher die vorher ausgesprochenen Meinungen auch noch durch verschiedene Beispiele bekräftigte, betonte ferner noch, daß die Staatsbauten sehr oft recht unpraktisch ausgeführt würden und rügte insbesondere, daß bei der Ausführung von Reparaturbauten durch die Hochbauverwaltung verschiedene Mißstände bestünden, die einen weit über das zulässige Maß hinausgehenden Kostenaufwand verursachten. Die Deputation sprach sich dahin aus, daß die Staatsregierung unbedingt um Abstellung der bezeichneten Fehler anzugehen sei. Da Herr Finanzminister Dr. Rüger selbst ausdrücklich betonte, daß den von der Deputation ausgesprochenen Wünschen unbedingt nach Möglichkeit Rechnung getragen werden solle, so glaubte die Deputation hierbei Beruhigung fassen zu können. — Bei Kap. 82 (Albrechtsburg) ist ein Abstrich von 4200 Mk. an der für Bauaufwand eingestellten Summe erfolgt.

— Im Inseratentheile unseres Blattes hat die hiesige Firma Schaper u. Bergner bereits in dankenswerther Weise eine Erklärung erlassen, in der sie ihrem treuen, langjährigen Mitarbeiter, Herrn Alfred Wernicke, der durch den inzwischen entdeckten Bankbetrüger Albert Wolf das bitterste Unrecht hat erleiden müssen, das ehrendste Zeugniß ausstellt. Der beklagenswerthe Beamte war auf Grund einer Schriftenvergleichung nicht nur einer peinlichen Untersuchung ausgesetzt, sondern wurde vier Wochen auch in Haft behalten. Erwägt man die Lage, in die dieser Unschuldige gekommen ist, so tritt Einem die gemeine Gesinnung des Betrügers in aller Grasheit entgegen. In der Schurke hat in vertrautem Kreise, in dem er den letzten Weihnachtsabend verbrachte, sein Bedauern laut zum Ausdruck gebracht über den unglücklichen Kollegen, der wohl unschuldig in der Untersuchungshaft schmachte, während sie Alle glücklich und fröhlich sein könnten. In welche furchtbare Lage der Betrüger seine gesammte Kollegenschaft, sowie die Chefs der Firma Günther u. Rudolph seit fast 1¾ Jahren gebracht hat, kann man weiterhin nur ermessen, wenn man die jetzt bekannt werdenden Einzelheiten in Erwägung zieht. Da verschiedene bei den einzelnen Betrugsfällen immer wieder auftauchende Umstände leider mit zwingender Nothwendigkeit darauf hinwiesen, daß der Thäter unter den Angestellten des Bankhauses gesucht werden müsse, haben die Chefs desselben begreiflicher Weise die scharfsinnigsten Beobachtungen angestellt und sie wurden hierin nur durch das Bestreben beschränkt, keinem ihrer zahlreichen treu bewährten Mitarbeiter Unrecht zu thun. Um sich jede mögliche persönliche Gewißheit zu verschaffen, haben z. B. sämmtliche Angestellte der Firma schon vor längerer Zeit in feierlicher Weise mündlich und schriftlich, sowie durch Handschlag die ehrenwörtliche Versicherung abgegeben, daß jedem Einzelnen von ihnen über den Urheber der Betrügereien Nichts bekannt sei. Selbstverständlich hat damals auch der nunmehr entlarvte Schurke mit der größten Seelenruhe diese Versicherung geleistet. Auf ihn hat sich, wie schon früher erwähnt, kein Verdacht gelenkt, da seine Thätigkeit keinerlei Anhalt dafür bot und seine privaten Verhältnisse auch als so vortheilhaft bekannt waren, daß für ihn die Versuchung hätte ferner liegen müssen als bei sonst Jemand. Niemals hat sich in seinem Wesen etwas Auffälliges gezeigt und doch hat er es verstanden, wie sich jetzt herausstellt, in den Momenten, wo von seinen Beauftragten die Geldbeträge erhoben worden sind, in dem Kassenlokal selbst anwesend zu sein, um zu beobachten, ob sein Streich gelang oder nicht. Dies ist natürlich nur möglich gewesen, weil er sich bei dem Verkehr mit seinen Beauftragten äußerlich durch besondere Frisuren und das Aufstecken verschiedener Bärte entstellt hat. Andererseits hat er seine kurzen Weggänge aus dem Geschäft, um seine Beauftragten zu sprechen, dadurch zu cachiren verstanden, daß er seinen Arbeitsplatz, mit einem weichen Hut unter seinem Rock versteckt, verlassen hat. Seine Arbeitskollegen haben geglaubt, daß er sich nur in einem anderen Bureauraum momentan befinde. Mit welchen Mitteln er bei seinen Unternehmungen zu Werke gegangen ist, erweisen die Vorbereitungen, die er zu deren Ausführung getroffen hat. So erblickte er z. B. in dem Schaufenster eines Geschäfts vor längerer Zeit als Musterexemplar den Briefbogen einer Firma, von der er wußte, daß sie mit seinem Bankhause in Geldverkehr stand. Alsbald schickte er einen vorübergehenden Knaben in den Laden und ließ um Auskunft bitten, wie viel ein solcher Ausdruck koste. Der gerade anwesende Angestellte des Geschäfts schrieb mit Bleistift den Preis darauf und händigte dies dem Knaben aus. So kam Wolf in den Besitz eines Formulars, das er dann später zu einer seiner Fälschungen verwendete. In einem anderen Falle soll er sich gleich selbst etwas kürzer durch einen raschen Coup geholfen haben. Er entwendete einfach in einem Geschäft ein mit dem Firmenaufdruck versehenes Papier in einem unbewachten Augenblick. Dem feingekleideten Herrn traute natürlich Niemand etwas Unrechtes zu. Das Verdienst, die Entdeckung des letzten Schwindels und damit das Habhaftwerden des Betrügers herbeigeführt zu haben, schreibt sich neuerlich übrigens auch ein Mellner zu, der den bis dahin ahnungslosen Droschkenkutscher, nachdem er von ihm gehört hatte, was er für einen merkwürdigen Auftrag von einem noblen Herrn erhalten habe, über die zuvor hier passirten Bankschwindeleien aufgeklärt und ihn zur Anzeigeerstattung im Bankhause veranlaßt haben will. — Einen großen Theil des bei den Betrügereien erlangten Geldes hat er zur Begleichung von Verlusten bei Spekulationen in Minenaktien an der Londoner Börse verwendet, von wo aus er zur Begleichung von Differenzen stark bedrängt worden sein soll. In wie günstigen Lebensverhältnissen er sich übrigens befand, geht daraus hervor, daß er bei seiner Verheirathung als Mitgift nicht nur ein Grundstück, sondern auch eine Wohnungseinrichtung im Anschaffungswerth von 22 000 Mk. erhalten hat. Merkwürdig ist nur, daß nicht schon früher einer seiner Beauftragten zur Einziehung der Geldbeträge Argwohn gefaßt hat, da doch schon seit Jahr und Tag von den Blättern über die Betrügereien oder die Versuche zu denselben berichtet worden ist.

— Die sechste Veranstaltung der Volks-Sing-Akademie findet diesmal an zwei Tagen — nächsten Sonntag (Palmsonntag) Vormittags 11 Uhr und Montag Abend ½9 Uhr — in der städtischen Ausstellungshalle (Stübelallee) statt. Zur Aufführung gelangt an beiden Tagen das Oratorium „Samson" von Georg Friedrich Händel. Die zu diesem Zwecke verausgabten Textbücher im Preise von 30 Pfg., welche gleichzeitig zum Eintritt berechtigen, sind bereits seit längerer Zeit wieder vergriffen, ein beredtes Zeugniß dafür, welcher Beliebtheit sich diese Veranstaltungen erfreuen. Die Volks-Sing-Akademie blickt mit diesem Concert auf den zweiten Winter ihres Bestehens zurück. Aus kleinen Anfängen ist sie zu einem Bestande von 217 aktiven und 186 passiven Mitgliedern herangewachsen. Die drei im Laufe des Winters 1901/1902 veranstalteten Concerte waren von 11 225 Personen besucht. Außerdem fand ein ausschließlich für die Mitglieder zugängliches Concert statt. Die Volks-Sing-Akademie wird fortfahren in ihren Bestrebungen, den arbeitenden Klassen Dresdens gute und billige, dabei rein künstlerische Genüsse zu verschaffen und hofft als Gegenleistung auf rege Unterstützung, nicht nur durch Besuch der Concerte, sondern vor Allem durch Eintritt in den Chor resp. Erwerbung der passiven Mitgliedschaft. — Für den Winter 1902/1903 ist folgender Concertplan vorgesehen: 1. Concert im Oktober 1902 im „Trianon". (Im Programm u. A. Musik zu „Preciosa" von Weber, mit verbindendem Text, Solo und Chören.) Mitgliederconcert Anfang Dezember 1902 im „Musenhaus", wozu einige der hervorragendsten hiesigen Künstler ihre Mitwirkung zugesagt haben; 2. Orchesterconcert Mitte Januar 1903; 3. Concert (Choraufführung) Anfang März 1903. Außerdem finden ausschließlich für die Mitglieder zwei musik-litterarische Vorträge statt. Uebungen und Aufnahmen von Mitgliedern erfolgen jeden Montag Abends 9 Uhr in der „Germania", Albrechtstraße 41.

— Der Verein sächsischer Gemeindebeamter, welcher zur Zeit 4616 Mitglieder zählt, hat nach der von Herrn Polizeikassirer Unger in Leipzig gelegten Jahresrechnung über das Vereinsvermögen und sechs bestehende Stiftungen im vergangenen Jahre einen Vermögensbestand von 35 576 Mk. 84 Pfg. (im Nennwerthe 34 434 Mk. 44 Pfg. Kurswerth) erreicht. Der Bericht schließt mit einer Einnahme von 18 234 Mk. 39 Pfg., welcher in Ausgabe 18 057 Mk. 92 Pfg. gegenüberstehen, mithin mit einem Kassenbestande von 176 Mk. 47 Pfg. ab. An Unterstützungen sind gegen 1000 Mk. bewilligt worden, außerdem haben die Gemeindebeamtenschulen zu Geyer und Reichau zusammen 538 Mk. erhalten. Der Aufwand für das Vereinsorgan verursachte eine Ausgabe von 4411 Mk. 70 Pfg.

— In der Halle der Turnlehrerbildungsanstalt fanden gestern Nachmittag, wie in allen Schulen, Gesangs-Vorträge der beiden Singechöre der 9. Bezirksschule (Georgplatz) unter Leitung ihrer beiden Dirigenten, der Herren Lehrer Zschäbitz und Schneider, statt, die den Beifall des zahlreichen Auditoriums fanden. Besonders lobenswerth wurden die beiden Motetten: „Du leitest mich nach Deinem Rath" und „Hebe Deine Augen auf" zum Vortrag gebracht, denen sich der Vortrag der übrigen Gesänge würdig anschloß. Später fanden ebendaselbst die Turnprüfungen der verschiedenen Mädchen- und Knabenklassen der genannten Schule unter der Leitung der Herren Sutschke, Simon, Thielemann und Lange statt.

— In der evangelischen Garnisonkirche zu Dresden wird am Sonntag Palmarum Vormittags 9 Uhr Konfirmationsfeier stattfinden. An dieser Feier können auch Civilpersonen Theil nehmen.

— Blasewitz. Ueber den Vertrag mit Dresden, die Zuführung elektrischen Stromes betreffend, berichtete in der gestrigen Gemeinderathssitzung Herr Gemeindevorstand Paulus. Er theilte nach einem kurzen Rückblick auf die gepflogenen Verhandlungen mit, daß der seiner Zeit vom Gemeinderathe genehmigte Vertrag nunmehr auch vom Gesammtrathe der Stadt Dresden mit einigen unbedeutenden Aenderungen angenommen wurde. Nach kurzer Debatte wurde der Vertrag in der nunmehrigen Fassung gegen eine Stimme angenommen.

— Für das Heimathsfest, das in diesem Jahre am 12., 13. und 14. Juli in Großenhain stattfinden soll, ist folgendes Programm festgesetzt worden: Sonnabend: Festkommers im Garten der „goldenen Krone". Sonntag: Gemeinschaftlicher Kirchgang, großer Festzug, Park- und Sportfest im Stadtparke. Montag: Kirchenconcert und ev. Ausflüge in die Umgebung. Der etwaige Reingewinn des Festes soll dem unter dem Protektorat Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Friedrich August stehenden Volksbadverein „Carolastiftung" zufließen. Den Ehrenvorsitz des Festes hat Herr Bürgermeister Herrmann übernommen.

— Leipzig, 20. März. Gestern Abend verschied hier der frühere Kreissteuerrath, Oberfinanzrath Gustav Adolf Goldfriedrich, seit 1890 Inhaber des Königl. Sächs. Verdienstordens 1. Klasse, seit 1895 auch des Offizierkreuzes des Königl. Sächs. Albrechtsordens.

— Schwurgericht. Wegen Beihilfe zu schwerer Urkundenfälschung und Betrugs ist der 1875 in Freiberg geborene Buchhalter Robert Hugo Breudel angeklagt. Er besaß früher in Potschappel ein eigenes Geschäft, mußte dieses aber aufgeben und trat unter allerdings ziemlich ungünstigen Bedingungen als Kommis beim Kaufmann Leonhardt in Stetzsch ein. Vorausgeschickt sei, daß Leonhardt in derselben Strafsache in Untersuchungshaft genommen wurde und im hiesigen Gefängniß Selbstmord verübte. Da der Geschäftsgang bei Leonhardt nicht florirte, fälschte Breudel auf Diktat seines Prinzipals ein Sparkassenbuch der Gemeinde Radebeul über nur 5 Mark Einlage dahin, daß auf das Buch 100 Mark eingezahlt worden seien. Im Interesse des Geschäfts wurden auf Grund des gefälschten Einlagebuches von Leonhardt und Breudel gemeinsam von einem in Dresden wohnenden Gärtner 50 Mk. Darlehen aufgenommen. Der Angeklagte wird zu 4 Monaten Gefängniß unter Anrechnung der Untersuchungshaft mit 2 Monaten verurtheilt. — In den frühen Morgenstunden des 11. Januar hielt der Handarbeiter Friedrich Otto Große aus Meißen auf dem Wege zwischen Bockwen und Siebeneichen ein Mädchen an und raubte ihm einen Geldbetrag von 2 Mark. Nicht genug damit, griff der Wegelagerer die Beraubte auch noch in unsittlicher Weise an und wurde erst durch das Hinzukommen eines Dritten verscheucht. Große wird in Rücksicht auf seine vielfach erlittenen Vorstrafen und auf die Gefährlichkeit seines Vorhabens zu 4 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurtheilt.

— Oberlandesgericht. Der Fleischermeister Nietschmann in Leipzig hatte in den Jahren 1899 und 1900, während er Obermeister der Leipziger Fleischerinnung war, für insgesammt 650 Mk. Fleischwaaren an den Plagwitzer Konsumverein geliefert und die Lieferungen erst im Juni 1901 eingestellt. Die „Allgem. Fleischer-Ztg." rügte diese Lieferung als Pflichtwidrigkeit gegen die Fleischerinnung, weshalb Nietschmann den verantwortlichen Redakteur Gustav Künkel in Berlin wegen Beleidigung verklagte. Das Schöffengericht Leipzig belegte den Beklagten mit 75 Mk. Geldstrafe oder 10 Tagen Haft. Gegen dieses Urtheil legten Kläger und Beklagter Berufung ein, was zur Folge hatte, daß das Landgericht Leipzig die Strafe verdoppelte. Die Revision des Verurtheilten gegen diesen Spruch rügt falsche Anwendung der §§ 192 und 185 des Strafgesetzbuchs und fordert den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen). Das Oberlandesgericht bestätigt jedoch das Urtheil des Landgerichts.

— Tagesordnung der Ersten Kammer, Freitag, den 21. März, Mittags 12 Uhr: Antrag zu Kap. 38 bis mit 41 des ordentlichen Etats, das Departement der Justiz und dann eingegangene Petitionen betr.; — Fortsetzung der Berathung über den Bericht und den Antrag zum Entwurf eines Gesetzes über die Zwangsvollstreckung wegen Geldleistungen in Verwaltungssachen.

— Tagesordnung der Zweiten Kammer, Freitag, den 21. März, Vormittags 10 Uhr: Allgemeine Vorberathung über die Dekrete Nr. 21 und 32, mehrere Eisenbahnangelegenheiten betr.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Der Kaiser interessirt sich lebhaft für die Entwickelung der Spiritusindustrie und hat neulich besonders hervorgehoben, wie außerordentlich praktisch die Verwerthung von Spiritus zu Motorzwecken gerade für die Landwirthschaft ist. Er betonte, daß er auf seinem eigenen Landbesitz die bedeutende Rentabilität der Spiritusmotore erprobt habe und erklärte, er wünsche dieser Industrie im Interesse der Landwirthschaft das größte Gedeihen. Auf kaiserliche Anregung ist es somit wohl zurückzuführen, daß der preußische Eisenbahnminister in einem Erlaß die Eisenbahndirektionen zur erweiterten Verwendung von Spiritus auffordert. In dem Erlaß wird hervorgehoben, daß die Centrale für Spiritusverwerthung gegenwärtig Motorspiritus zu 0,16 Mark für einen Liter abgiebt. Bei diesem Preise könnten für kleine Leistungen die Verwendung von Spiritusmotoren oder bei vorhandenen Benzinmotoren der Ersatz des Benzins durch Spiritus in Frage kommen. Der Minister wurde nichts dagegen zu erinnern haben, daß in geeigneten Fällen Spiritusmotore beschafft werden. Der Uebergang vom Benzinbetrieb zum Spiritusbetrieb würde dagegen nur dann zweckmäßig sein, wenn es hierzu nicht umfangreicher Abänderungen der Motore bedürfe. Die deutsche Landwirthschaft, bemerkt die „Dtsch. Tagesztg.", wird dieses Interesse des kaiserlichen Landwirths für eine ihr entsprechende und mit ihr eng verbundene Industrie dankbar empfinden und über den weiten praktischen Blick des Kaisers von lebhafter Genugthuung erfüllt werden.

Der Kaiser hörte gestern Vormittag in Kiel die Vorträge des Kriegsministers v. Goßler und des Chefs des Militärkabinets v. Hülsen-Häseler.

Im Gefolge des Kaiserpaares, das am 14. oder 15. Mai auf Schloß Urville zu einem zehntägigen Aufenthalt einreisen wird, befinden sich diesmal auch der preußische Minister des Innern Freiherr v. Hammerstein und Gemahlin. Ersterer trifft bereits vorher ein, um die kaiserliche Besitzung einer genauen Besichtigung zu unterziehen. Die Freifrau v. Hammerstein hat, wie dem „Hann. Mpr." geschrieben wird, dort noch zahlreiche Verbindungen mit religiösen und wohlthätigen Vereinen, die auf streng orthodoxer lutherischer Grundlage die sittlichen Zustände der weiblichen Bevölkerung zu bessern sich bestreben. Es soll ein evangelisches Vereinshaus gebaut werden. — Für die Sicherheit des Kaisers ist eine neue, eigenthümliche Maßregel ergriffen worden. Da in die Tage des Kaiserbesuchs die Mai-Messe fällt, hatte man zuerst auf dem Platze vor dem Bezirkspräsidium in Metz ein großes Blumenbeet angelegt, damit die Verkaufs- und Schaubuden weiter abrücken müssen. Später hat dann der Bezirkspräsident an den Gemeinderath, der sich gegen eine Verlegung der Messe auf einen anderen Tag sträubte, einfach eine Verfügung erlassen, die Messe bereits am 25. April beginnen und am 11. Mai (also vor dem Kaiserbesuch) endigen zu lassen.

In parlamentarischen Kreisen will man dessen gewiß sein, daß die Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und dem Präsidenten des Reichstags wegen der Zahlung von Diäten an die Mitglieder der Zolltarifkommission zu einer Verständigung geführt haben. Auch wegen des dabei innezuhaltenden modus procedendi soll eine Einigung stattgefunden haben.

Eine Betrachtung über unsere Reichstagsverhältnisse, die viel Richtiges und Beachtenswerthes enthält, findet sich in der „Frankf. Ztg.": „Es ist ein Jammer, daß die deutsche Volksvertretung thatsächlich zu einem kleinen Debattirklub geworden ist; darüber sind Alle einig, alle Parteien und Jeder, der es mit ansieht. Und wem nun gar noch durch tägliche berufsmäßige Beobachtung sich die traurige Ueberzeugung aufdrängt, daß vielen zur Gewohnheit gewordenes Reden vor der Oeffentlichkeit auch ganz verständige Geister verdirbt und verflacht und zu einer bedenklich oberflächlichen Behandlung komplizirter Probleme, wie etwa des Zweikampfes oder der Toleranz der katholischen Kirche verleitet, der empfindet den Jammer doppelt. Giebt es doch bereits ernste Zeitungen, gut liberalen Charakters, die wahrhaftig nicht aus Feindschaft gegen den Parlamentarismus dem Reichstage in seiner gegenwärtigen Verfassung den Charakter einer Volksvertretung bestreiten und von einer, aus einigen Dutzend Herren bestehenden parlamentarischen Bureaukratie sprechen, die unter Bewahrung der Geschäftsordnung und der Bewahrung der äußeren Formeln des Reichstags die Gesetzgebung ausübt, ohne das Wesen einer Volksvertretung und den inneren Zusammenhang mit der Nation noch zu besitzen. Es klingt etwas hart, vielleicht paradox; aber man kann nicht sagen, daß es stark übertrieben sei. An Vorschlägen zur Besserung des allseitig beklagten Zustandes fehlt es weder im Reichstage selbst, noch in der Presse. Das Verlangen nach Diäten, Beschränkung der Redezeit, Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer, noch weiter gehende Aenderungen der Geschäftsordnung und schließlich sogar der Verfassung gehören dazu. Einzelnes mag gut sein, Anderes nicht. Alles zusammen ist aber doch nur ein Kuriren auf Symptome hin unter Verkennung des wahren Wesens der Krankheit. Dieses beruht in unseren traurigen Partei- und Mehrheitsverhältnissen, die ja durch nichts besser als durch die Thatsache gekennzeichnet werden können, daß die Reichsregierung in der wichtigsten und folgenschwersten Aktion unserer gesammten inneren und äußeren Politik, in der Frage des Zolltarifs, im Reichstage nur Gegner und, wenn man allenfalls von dem größeren Theil der Nationalliberalen absieht, keine überzeugten und begeisterten Anhänger hat. Wie soll der Parlamentarismus gedeihen in einem Reiche, in dem der leitende Staatsmann nicht nur keine Mehrheit, sondern nicht einmal eine einzige, geschlossene, auch nur 50 Mann starke Partei führt und nach Monaten eine Wirrniß und eine Krisis entstanden ist, deren Ausgang ihm so unklar ist, wie den Parteien. Es ist ja kein Wunder, daß dort, wo nicht gehandelt wird und nicht gehandelt werden kann, das Reden überwuchert. Es wird besser werden, wenn die Parteiverhältnisse gewinnen. Das kann nur vom Lande, aus der Nation heraus erfolgen. Es wird einmal kommen, wenn die Zu-

SLUB
Wir führen Wissen.